

# Rechte von Menschen mit Behinderung international und national



(Foto: © Gerd Altmann auf Pixabay)

# Vortrag auf der Abendveranstaltung

## „Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“

Darmstadt, 5. Dezember 2025

von Prof. Dr. Sigrid Arnade

# Übersicht

1. Rechtliche Aspekte
2. Faktische Aspekte
3. Perspektivische Aspekte
4. Fazit

# 1. Rechtliche Aspekte

- Vereinte Nationen (UN)
  - UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)
- Europa
  - Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarats
  - Charta der Grundrechte (EU)
- Deutschland
  - Grundgesetz
  - Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)
  - Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
  - Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG)
  - Ländergesetze (LGG + u.a. zum Bauen, zur Bildung)

# zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)



# Fakten zur UN-BRK

- Verhandlungen 2002-2006
- Motto: „Nichts über uns ohne uns!“
- eine von 9 Menschenrechtskonventionen
- 12/06: verabschiedet von UN-Vollversammlung
- 26. März 2009: UN-BRK gilt in Deutschland
- UN-BRK hat den Rang eines Bundesgesetzes
- weltweit 113 Ratifikationen (24.11.25)
- 1. Staatenprüfung Deutschlands März 2015
- 2. Staatenprüfung August 2023

# zentrale Begriffe und Konzepte

- Würde
- Inklusion
- Selbstbestimmung
- Partizipation
- Chancengleichheit
- Empowerment
- Barrierefreiheit
- Disability  
Mainstreaming



# weitere UN-Dokumente (= soft law) sind zu beachten

- Concluding Observations  
= Abschließende  
Bemerkungen nach den  
Staatenprüfungen von  
2015 und 2023
- General Comments =  
Allgemeine  
Bemerkungen zu  
bestimmten Themen





# Abschließende Bemerkungen nach der zweiten Staatenprüfung Deutschlands in Genf im August 2023



# UN-Fachausschuss Genf '23

- in Genf: beschämend für so ein reiches Land
- Abschließende Bemerkungen (3.10.23): insgesamt schlechtes Urteil: zu viel Segregation, zu wenig Deinstitutionalisierung, insbesondere in Bezug auf
  - Wohnen
  - Bildung
  - Arbeit
- bezüglich Barrierefreiheit/angemessene Vorkehrungen: private Anbieter\*innen verpflichten
- mehr und besserer Gewaltschutz
- **bei allem mehr Partizipation!**

# General Comment (Allgemeine Bemerkung) Nr. 7 zum Thema Partizipation von 2018

- definiert Selbstvertretungsorganisationen
- unterscheidet zwischen Organisationen von Menschen mit Behinderungen und Organisationen für Menschen mit Behinderungen
- erläutert die Bedeutung von umfassender und effektiver Partizipation

# Deutschland: Grundgesetz



- Art. 3 Abs. 3 Satz 2
- „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“
- gültig seit dem 15.11.1994

(Foto: © Martin Baumann auf Pixabay)

# Bundesgesetze

- Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) verpflichtet seit 2002 staatliche Stellen zur Barrierefreiheit
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt seit 2006 in wenigen Bereichen vor Diskriminierung
- Barrierefreiheitstärkungsgesetz (BFSG) verpflichtet private Anbieter\*innen von Waren/Dienstleistungen zur digitalen Barrierefreiheit



# Land Hessen



(Foto: © Nathaliemeyer0  
auf Pixabay)

- Hessisches Behindertengleichstellungsgesetz (HessBGG) verpflichtet staatliche Stellen zur Barrierefreiheit und angemessenen Vorkehrungen
- Baurecht mit Barrierefreiheitsnorm und vielen Ausnahmen
- Hessisches Schulgesetz: Eltern werden angehört; Schulleitungen entscheiden mit Schulaufsichtsbehörde
- viel Luft nach oben, um Vorgaben der UN-BRK zu erfüllen

## 2. Faktische Aspekte

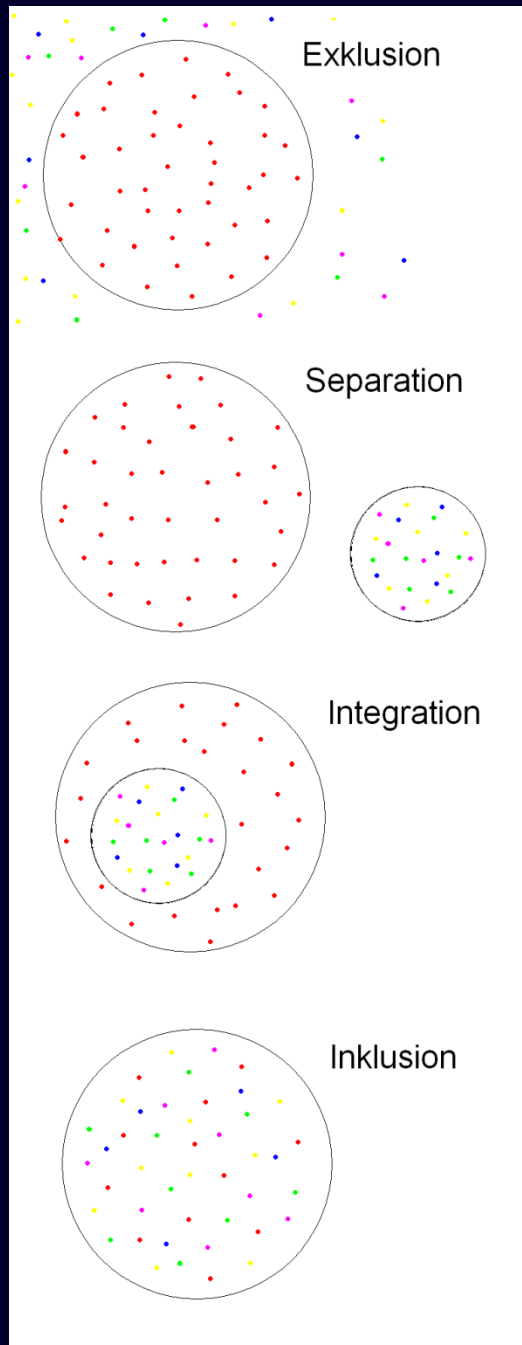


(Foto: © Ohmydearlife  
auf Pixabay)

mehr Exklusion als Inklusion



# Inklusion – was bedeutet das eigentlich?



- 4 Entwicklungsstadien des Rechts auf Bildung
- 2002 beschrieben durch Katarina Tomasevski, 1. UN-Sonderberichterstatterin zum Recht auf Bildung
- Gleichberechtigung erst durch inklusive Bildung

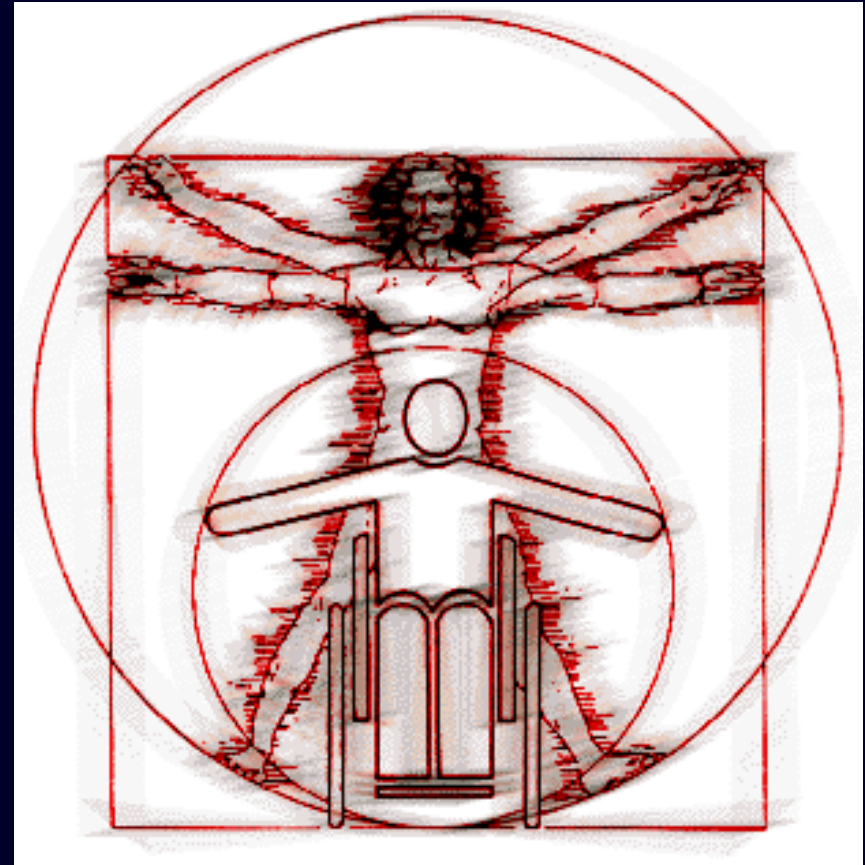
# derzeitige Diskussion: Schule - Kinder +/- Behinderung



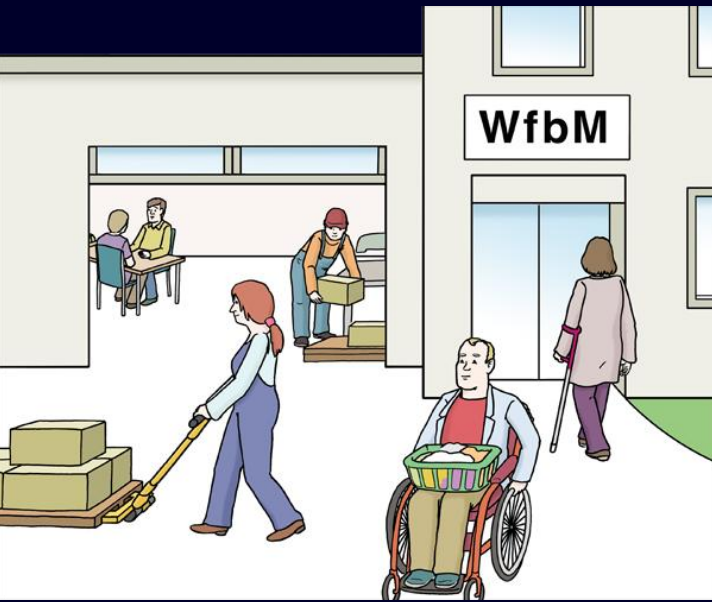
(Foto: © OpenClipart-Vectors auf Pixabay)

# notwendige Weitungen

- Inklusion in allen Lebensbereichen
- Inklusion für alle:
  - +/- Behinderungen
  - Frauen/Männer/divers
  - viele soziale Hintergründe
  - viele kulturelle Hintergründe
  - unabhängig vom Alter
- kein Etikettenschwindel!



# Problemfelder in Deutschland/ Hessen



- exkludierende Strukturen beim Wohnen, bei der Bildung und Arbeit
- unzureichender Gewaltschutz
- aktuell: Triagebeschluss des Bundesverfassungsgerichts
- private Anbieter von Waren und Dienstleistungen werden nicht zu Barrierefreiheit/angemessenen Vorkehrungen verpflichtet
- aktuell: BGG-Reform
- unzureichende Partizipation

### 3. Perspektivische Aspekte



(Foto: © Hans auf Pixabay)

# (Selbst-)Verpflichtungen der Vertragsstaaten

- Achtung: Menschenrechte sicherstellen
- Schutz: Benachteiligungen (auch durch Dritte) verhindern
- Gewährleistung: eigene Gesetzgebung anpassen und Maßnahmen ergreifen, damit die Konventionsregeln realisiert werden
- = Trias des Menschenrechtsschutzes (UN-BRK, Art. 4 Abs.1)

# Forschungsprojekt: UN-BRK in den Kommunen

- Ermittlung systematischer Planungsaktivitäten (sPA) zur Umsetzung der UN-BRK
- Identifizierung von Gelingensbedingungen und Herausforderungen bei kommunalen Planungsprozessen
- Bund, Länder und Kommunen sind zur Umsetzung verpflichtet
- wichtig: gute Partizipation





# Handlungsaufträge für verschiedene Akteur\*innen

- Bund: jede Menge
- Land Hessen:
  - Exklusionsstrukturen abbauen
  - Triage diskriminierungsfrei regeln
  - Partizipation gewährleisten
  - Verwaltung vereinfachen
  - Monitoring der UN-BRK-Umsetzung sichern
- Wohlfahrtsverbände/Institutionen: Aktionspläne mit (Zwischen-)Zielen, Verantwortlichkeiten, Ressourcen
- Alle: Fortbildungen, Engagement für Menschenrechte, Vielfalt, Demokratie

## 4. Fazit



# wichtige Leitplanken



- UN-BRK ist geltendes Recht und muss umgesetzt werden
- keine Inklusion ohne Partizipation
- Selbstvertreter\*innen empowern
  - finanziell
  - Selbststärkung
  - Kompetenzentwicklung
- Menschenrechtsbildung von Anfang an
- Selbstbestimmung = Wahlmöglichkeiten gewährleisten
- Rückschritte verhindern!

danke für die Aufmerksamkeit!

